

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Strabe 17. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden
••••• Als ständendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Einzelrate: Die 6 spalt. Zeitschrift wird mit 0,20 Goldmark für
Gesamts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der neue Kurs im Unternehmerlager.

Reichsmantelstärk- und Lohnverhandlungen in Weimar.

Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie haben die Regelung ihrer ureigensten Angelegenheiten und die Führung ihrer Sache beabsichtigt. Von laienhaften Dingen verstehen diese nichts, dafür wurde ihnen als Vertretungsorgan die Reichsmantelstärk übertragen (zu übertragen), mit der nun die wichtigsten juristischen Verträge abgeschlossen werden. Dabei muß nur die feinkeramische Industrie den Schaden haben, wenn sich sehr bald zeigen. Die Juristen und Schlichter werden das kaum erkennen, höchstens erst dann, wenn es zu spät ist.

Die Tarif- und Lohnverhandlungen in den letzten Monaten in Weimar sollten so ein Generalversuch sein; denn von der Unternehmenseite waren, mit Ausnahme des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, in der Mehrzahl Juristen und bewährte Schlichter erschienen und sollten deswegen, den Arbeitervertretern einen Vertrag auszuhandeln (zu übertragen), der nur den Unternehmern Vorteile bringt. Ganz offensichtlich machte sich diesmal auch bemerkbar, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr eine Sache der Arbeiter und Unternehmer, also Fachorganisation und Fachorganisation, sondern der Juristen zum Streitobjekt sein soll. Deshalb spielten in Weimar bei der Unternehmervertretung nicht Sachkenntnis und gewichtige Gründe, sondern Spielregeln die Hauptrolle. Worin diese bestanden, wird aus dem Gang der Verhandlungen zu ersehen sein.

Für uns Arbeitnehmer begannen die Verhandlungen über den Reichsmantelstärk und ein neues Lohnabkommen mit einer Vorbereitung und Besprechung der Forderungen am 21. März. Dazu waren vertreten die Kollegen: Baum-Dann, Eichhorn-Windau, Frenkel-Hermesdorf, Herr-Möblich, Herzer-Weiden, Lautermann-Walzenburg, Pfeiffermann-Schmiedberg, Pöhlmann-Berlin, Röll-Marktleben, Stübner-Wahlhütte, Stängle-Schäfer, Thien-Schönwald, Uhlmann-Dresden, Pander-Magdeburg, die Vertreter: Bredow, Erdmann, Griesbach, Hoffmann, und vom Hauptverband: Apel, Herden, Karl, Wollmann, sowie von der „Zimmeiße“ Neuninger und die Vertreter der ebenfalls am Vertrag beteiligten Organisationen. Die Beratungen nahmen die Zeit bis Mitternacht in Anspruch, und das Ergebnis wurde anderen Tags den Unternehmern übermittelt, die darauf ihre Forderungen zum Mantelstärk überreichten. Sie bestanden darin, Reichsmantelstärk durch Verringerung der §§ 1, 7, 10, 11, 16, 17, 19, 24, 26, 28, 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 57 und durch Wegfall der §§ 3, 4, 5, 12, 14, 40, 58 und 59 durchzusetzen, also auch den Tarif ein schammartiges Gebilde zu machen, in dem nur Unternehmervorteile festgelegt sind. Unsere Kollegen ersehen schon aus der vorgelegenen Menge der Verringerungen und des Wegfalls, wie vielfältig die Gegenpartei war, und was sie alles mit heilem Verstand erfindete, aber auch von einer Schiebelle — erhoffte.

Der Sonnabend wurde mit der Überprüfung der Unternehmerforderungen und mit Kommissionsberatungen ausgefüllt, bei denen sich schon bemerkbar machte, daß die Gegenpartei Gründe suchte, um freie Verhandlungen zu umgehen und eine Schiebelle anzurufen.

Am Sonntag gegen 9 Uhr waren die Dinge soweit gediehen, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Grams beginnen konnten. Von unserer Seite begründeten Kollegen Wollmann in längeren Ausführungen unsere Forderungen zum Lohn und zum Mantel, die sich auf die verschiedenen Paragrafen bezogen. Als wesentlich ist hervorzuheben, daß gefordert wurde, die Befristung in den Vertrag einzubeziehen, die Dreiklassenverteilung nachzuweisen, richtigzustellen und zu ergänzen, den Verpflegungszuschuß auf 20 Proz. zu erhöhen, die Altersklassen herabzusetzen, Urlaubsbefristungen zu verbessern u. a. m. Allgemeine Verbesserungen wurden für die Paragrafen 1, 2, 3, 10, 11, 16, 17, 18, 19, 24, 26, 27, 32, 34, 35, 38 und 53 gefordert. Zum Lohn wurde verlangt:

1. Die Effektivlöhne nach dem Stand vom 24. Februar 1924 auf mit Wirkung vom 24. März 1924 um 30 Prozent zu erhöhen.

2. Die Effektivlöhne und Stückpreise sind unter Berücksichtigung des vorstehenden Aufschlages auf Goldbasis umzusetzen.

3. Für die neu vorgelegenen Altersklassen für sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen bis 15 Jahren und von 15 bis 18 Jahren sind Tariflöhne zu vereinbaren.

Kollege Wollmann führte dazu ungefähr aus: Die Verhandlungen sind das Boringelische, was geregelt werden muß. Die Lage der Arbeiter bedingt das. Die niedrigen Löhne sind für eine längere Dauer nicht mehr zu ertragen und bedürfen unbedingt einer Aufbesserung. Wenn die Industrie sagt, daß eine weitere Belastung nicht mehr möglich ist, so ist das Gegenteil richtig und auch in vielen Fällen zutreffend. Aber die Herrschaft läßt ein Entgegenkommen der Unternehmer nicht mehr zu und hat eine große und berechtigte Mithilfe unter der Arbeiterschaft erzeugt, der unbedingt Zugeständnisse gemacht werden müssen. Die Unternehmer überleben aber völlig die schlechte Lage der Arbeiterschaft und sind von „höheren“ Kräften befreit; sie sind eifrig am Werk, das verlorene Kapital in den Betrieben wieder aufzurichten, was gar nicht mehr möglich ist. Die daraus entstehenden Kämpfe gehen ganz auf das Konto des Unternehmertums.

Die Notwendigkeit der Lohnforderungen von 30 Prozent liegt in den allgemeinen Verhältnissen. Begründet, und es ist auch gar nicht mehr erträglich, jetzt noch an dem Lohnschiedspruch vom November festzuhalten; denn es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß das Gegenteil für die Industrie besser gewesen wäre.

Überhaupt haben die Unternehmer in den letzten Jahren die besten Erfahrungen und Profite gemacht, aber keinerlei Dankbarkeit gezeigt. Schon diese Vernachlässigung der Arbeiter bedingt die Anerkennung der Forderungen von 30 Prozent.

Im übrigen besteht auf Anregung der Schlichter und Juristen in der allgemeinen Arbeiterbewegung bei vielen Betriebsleitern und Direktoren in den Betrieben die Tendenz auf allen Gebieten bei der Arbeiterschaft abzubauen. Die Arbeitszeitfrage

hat ihnen durch ihr diktorisches Auftreten in einer Anzahl Betriebe über die Arbeiter Erfolge gebracht. Nun sind sie auch noch daran, die Tarifbestimmungen und das bisherige Mithilfungsrecht, die ihnen in den schlimmen zurückliegenden Jahren eine Hilfe waren, zu beseitigen nach dem Grundsatz: Der Lohn hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Die Betriebsräte sollen völlig ausgeschaltet werden, und durch den geforderten Wegfall des Mantelparagrafen 57 erstreben die Unternehmer Freiheit für Lohnregelungen. Diese Durchführung gibt es nicht, und wenn sie durchgeführt werden sollte, so stirbt daran die Industrie. Diese Forderung zeigt auch so recht, daß den Unternehmern weniger an der Industrie, aber um so mehr am Profit und an der Herrschaft liegt.

Ein Wandel zum Bösen ist auch darin zu erblicken, daß bei Beginn der Verträge zwischen Arbeitern und Unternehmern der feinkeramischen Industrie ganz andere Männer die Verhandlungen führten und die Abschlüsse betätigten. Das hat den Wirtschaftsfrieden erhalten und war ein Segen für die Industrie. Jetzt ist das Verständnis dafür abhanden gekommen. Wenn die Unterwelt in beiden Lagern zum Zeittrennen genommen würde, hört jedes Vertragswesen auf. Die Arbeiter allein können sich der Vertragsbitter nicht opfern, sie haben schon viel getan, und weitere Opfer sind ausgeschlossen.

Gegen diese Ausführungen mußte der Sprecher der Arbeitgeber, Dr. Warne, nichts anderes ausführen, als was er schon an die dreihundert bei Verhandlungen gesagt hatte. Es war das gleiche Plagiat wie immer, nur mit dem Unterschied, daß er diesmal ein einziges Körnchen Wahrheit, das vom ungenügenden Geschäftsgang der feinkeramischen Industrie, beifügen konnte. Man mußte wirklich gespannt sein, was von den Unternehmervertretern einmal ins Feld geführt würde, wenn es der Industrie wirklich nicht gut ging. Jedenfalls klangen die Versicherungen, daß die Unternehmenseite guten Willens gesei habe und daß ihre Seele nicht schwarz sei, im Verhältnis zu den ungenügenden Verhandlungen sehr unglaubwürdig.

Die erste Antwort erhielt die Juristenseite, genannt Arbeitgebervertretung der feinkeramischen Industrie, von unserem Kollegen Karl. Er verwies darauf, daß die Auslegung des Vertrages nicht nur nach den Anschauungen der Unternehmenseite möglich ist, wie es z. B. bei den Vertragsverhältnissen in Weimar, Göttingen, Neubabensleben, Rodach u. a. geschehen konnte. Durch diese Fälle ist dem Vertragsgedanken arg mangelhaft geworden. Der Vertrag darf sich nicht zu einem Nebel für Arbeiter anschauen — und der Vertragsgedanke verbleibt werden. Der Ueberleber nach dieser Richtung ist zu zögeln. Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie hat ein Recht auf Urlaub, und zwar wegen der großen Gesundheitsgefahren, die in der Industrie bestehen. Der Name „Schwindsuchtstuben“ für Porzellan- und Steingutfabriken belagert genug.

Dann verlangten die Unternehmer wieder Qualitätsarbeit, ohne die Vorbedingungen zu schaffen. Unter den schlechten und noch schlechter geforderten Lohn- und Arbeitsverhältnissen können keine Qualitätsarbeiter gehalten, noch weniger herausgelesen werden. Es ist auch die Forderung: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn noch nicht erfüllt. Jedenfalls geht aus dem Verhalten der Unternehmenseite und unserer gegenüberstehenden hervor, daß die wahre Förderung der Industrie mehr auf Seiten der Arbeiter, als auf der der Unternehmer liegt.

Kollege Pander brachte ebenfalls dafür einige Beispiele und kennzeichnete die großen Mehrleistungen in den letzten Jahren. Er bewies den Unternehmern, wie sie die Industrie durch niedrige Löhne schädigen. In den Steingutfabriken Mitteldeutschlands sind eine Anzahl Betriebe die reinsten Leutenställe geworden. Durch die geringe Entlohnung verlassen sehr viele eingearbeitete Angelernte die Werke, um besser bezahlte Stellen anzunehmen, und die nichteingearbeiteten Neulinge verurteilen selbst gegen ihren Willen Bruchstücke. Der Schaden ist bedeutend und überwiegt bei weitem eine Ausgabe für etwas höheren Lohn.

Vom Kollegen Griesbach wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter 50 Prozent der Belastungen aus dem Friedensvertrag tragen müssen. Der Luxusindustrie geht es nicht schlecht, sonst könnten nicht Qualitätsarbeiter für sie gesucht werden.

Kollege Hoffmann hielt Dr. Warne vor, daß dieser in seinem eigenen Lager nicht mehr Weisheit weiß, denn die Schlichter in seinem Lager handelten ganz anders, als er darzustellen liebte. Er kennt einen, der zu den Arbeitern sagte: „Eure Zeit ist nun vorbei; 1918 habt ihr uns den Wirtschaftstag aufgeschlungen, heute diktiert wir die längere Arbeitszeit.“ Jeder muß aus dem Betrieb, der den Gewerkschaftsführern nachläßt.“ Mit der Preissteigerung kann es auch nicht stimmen; denn die Thüringer Luxusindustrie hat Artikel, die früher mit 45, jetzt mit 145 Pfennig verkauft werden.

Auch Kollege Herzer konnte ähnliche Gegenbeispiele zu den Behauptungen Dr. Warne bringen. In überfüllten Betrieben setzten einige Arbeiter, daß sie gerne mehr zahlen würden, aber das sei ihnen verboten. Die Arbeiter sind durch Forderungen beunruhigt worden, die aber stets wieder aufgehoben wurden. Die Porzellanpreise sind im Verhältnis zu Friedenspreisen noch sehr hoch. Für ein Duzend Tassen bekam früher ein Betrieb 160 Mk., jetzt 340 Mk.

Kollege Röll hielt Dr. Warne entgegen: „Die Wirtschaft hört sich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Die Inflationsgewinne wurden früher gewöhnlich als Rütlagen bezeichnet, und jetzt sind sie auf einmal nicht mehr vorhanden. Die Arbeitgeber lassen die Arbeitskraft zugrunde gehen, denn sie machen durch die ungenügenden Löhne die Lebenshaltung unmöglich. Die Goldlohnumstellung hat den Fabriken unermeßliche Profitvorteile gebracht und den Arbeitern außerordentliche Verluste, was unbedingt durch eine Lohnhöhung ausgeglichen werden muß.

Kollege Wollmann hielt dann noch den Unternehmervertretern vor, daß sie nicht den Gegenbeweis für die gemachten Anschuldigungen zu bringen vermöchten. Aus dem Verhalten ist der Schluß zu ziehen, daß etwas verborgen wird. Aber das muß gesagt werden: Wenn die Gegenseite der Arbeiter untergehen lassen bestrebe, dann gehe auch die Industrie mit unter. Die Industrie ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Die nicht Vertragsrecht gewordenen Lohnabzüge von

3 Prozent für Zeitarbeiter und -arbeiterinnen hat einen außerordentlichen Haß und große Erbitterung gebracht und die neuen Anträge vertiefen noch diese Klust. Im Lager der Arbeitgeber wird nur nach dem Zentralgebot gefolgt, was die Industrie zu tun hat; Menschenverstand ist nicht mehr vorhanden. Will ja einer aus den Unternehmervereinen Menschenrücksicht betonen, so hat er einen schweren Stand. Die anwesenden Betriebsleiter sollten wissen, daß sie nicht an ihrer Stelle bleiben, daß sie nur von der Günst der Verhältnisse abhängig sind. Das Angebot und die Forderungen der Unternehmer sind eine neue Provokation. Aber trotz der Abweisung von Dr. Warne, daß an eine Lohnhöhung nicht zu denken sei, muß gesagt werden: Ohne Lohnhöhung gibt es keinen Vertrag. Die Lohnfrage ist vorbrüllend. Kämpfe bewegen sich schon entbrannt. Die Arbeitgeber können den Arbeitern nichts mehr einreden, und auch nicht mehr über ihr Los lächeln. Wenn die Erklärung der Unternehmenseite bündig war, dann können wir gleich wieder heimfahren.

Dr. Warne mußte darauf keine stichhaltigen Antworten mehr zu geben. Er gab nur zu erkennen, daß die Arbeitgeber durch andere Aufgaben gebunden sind und sich wieder um die Betriebe kümmern müßten. Die Anwesenden sind keine Schlichter.

Darauf waren die Plenarverhandlungen zu Ende. Am Sonntag kam unsere Vertretung zusammen, um die Verhandlungen weiter zu führen. Sie setzte Kommissionen ein, die die Einzelfragen zu erledigen hatten. Sie kamen jedoch nicht zum Arbeiten, denn die Juristen begannen nun ihre Tätigkeit im Unternehmerlager. Unsere Kommission erhielt folgendes Schreiben:

„Die gestrigen Ausführungen des Führers Ihrer Delegation der gemeinsamen großen Ansprache enthielten beratungsschwere Vorwürfe und Drohungen, daß es uns entgegen der unbrüchlichen Absicht unmöglich ist, uns zu weiteren freien Verhandlungen zur Verfügung zu stellen.“

Zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens in der feinkeramischen Industrie, der in gleicher Weise auch im Interesse der Unternehmenseite liegt, erklären wir uns jedoch bereit, die Regelung der schwebenden Fragen einem Schlichtsgericht zu übertragen.

Wir schlagen Ihnen vor, die Vermittlung des hiesigen Schlichters anzurufen und erbitten hierzu Ihre Stellungnahme.“

Darauf wurde von unserer Seite die Antwort erteilt, daß die Ausführungen Wollmanns keine schweren Vorwürfe und Drohungen enthielten, daß die damit beabsichtigte Ablehnung weiterer freier Verhandlungen keinesfalls als gerechtfertigt erachtet wird und daß dem Vorschlag, den Weimarer Schlichter zur Erledigung des Tarifstreites anzurufen, nicht zugestimmt werden kann.

Die famose Antwort darauf hatte folgenden Wortlaut:

„In Beantwortung Ihres Schreibens teilen wir Ihnen mit, daß insbesondere die Ausführungen Ihres Herrn Wollmann, die sich mit der Zusammenlegung unserer Kommission beschäftigten, sowie die Drohungen, die die Ablehnung der Betriebsleistungen zum Gegenstand hatten, nach Form und Inhalt den stärksten Unwillen unserer Kommission erregten, so daß es uns nach wie vor unmöglich ist, in weiteren freien Verhandlungen mit Ihnen eine Lösung der Lohn- und Mantelfrage zu finden.“

Wir wiederholen daher unseren Vorschlag eines schiedsgerichtlichen Verfahrens.“

Außerdem machten die Unternehmer noch den Vorschlag, den Coburger Schlichtungsausschuß anzurufen, was ebenfalls von uns abgelehnt wurde.

Die Behandlung dieser Frage nahm den ganzen Sonntag in Anspruch. Unsere Kommission kam überein, das Arbeitsministerium anzurufen, was auch getan wurde. Dieses lehnte aber ab und verwies die Sache an den Schlichter in Weimar.

Dort kamen am Donnerstag die Parteien zusammen.

Dr. Warne und Dr. Fischer waren die Sprecher der Arbeitgeber. Die Antworten unserer Vertreter waren den Leuten vor dem Schlichter aber so unangenehm und peinlich, daß Dr. Warne dem Schlichter die Frage vorlegte, ob sie der Sitzung beizuhören müßten. Das wurde von ihm bejaht und W. mußte mit seinen anderen Rechtsgelehrten noch weiter zuhören, ohne die Gegenbeweise erbringen zu können. Mit einmütigen roten Köpfen und Blick auf den Boden hörten die Arbeitgebervertreter die trefflichen Ausführungen unserer Kollegen vor dem Schlichter an und blieben still.

Dann tagte das Schiedsgericht, dessen Spruch am Sonnabendvormittag verkündet wurde.

Das Schiedsgericht war zusammengesetzt:

Schlichter: Ober-R. M. Dr. Hanschild.		
Beisitzer:		
Arbeitnehmer:	Arbeitgeber:	
Apel.	Dr. Bura.	
Fronm.	Dr. Kurbach.	
Karl.	Dr. Richter.	
Hoffmann.	Dr. Rod.	

Das ungenügende Ergebnis über den Lohn lautet folgendermaßen:

Schiedspruch.

- Der Antrag auf Erhöhung der Effektivlöhne der Arbeiter um 30 Proz. wird abgelehnt. Die Effektivlöhne der Zeitarbeiter nach dem Stande des Schiedspruches vom 25. Februar 1924 werden mit Wirkung vom 24. März 1924 um 6 Proz. erhöht. Dabei werden die bisher gewährten Leistungszuschläge angerechnet.
- Wo infolge der wiederholten Lohnumstellungen bei den Stückpreisen die Affordabilität nicht erreicht wird, hat binnen zwei Wochen eine Nachprüfung der Preise stattzufinden. Außerdem sind rechnerisch sämtliche Zeittlöhne und Stückpreise auf Gold umzusetzen.
- Sofort der durch die demnächst zu erwartende Steigerung der Mieten sich ergebende Satz mehr als 40 Proz.

der Arbeitsunfähigkeit ausmacht, haben für die Zeit vom 1. April 1924 ab neue Verhandlungen stattfinden.

4. Dieser Schiedsspruch gilt bis 6. April 1924.

Weimar, den 29. März 1924.

Bestehend ist der Spruch nicht. Er gibt aber unserer Kollegenchaft auch unter Verurteilung auf den im Manteltarif vorgesehenen Paragraphen 57 und nach den mündlichen Begründungen des Schlichters die Möglichkeit, ihre so stark zurückgegangenen Verdienste wieder einzulösen, sie so zu gestalten, daß sie den Verhältnissen angepaßt werden. Wenn sie so wieder einigermaßen ins Gleichgewicht gebracht worden sind, wird es später bei der vorliegenden Notwendigkeit eher möglich sein, Effektivzuschläge herauszuholen.

Der Lohnschiedsspruch wurde von der Verhandlungskommission mit großer Mehrheit nach den Vorlegungen über die Rechtslage, zu der den Zahlstellenverwaltungen nähere Angaben inzwischen zugegangen sind, angenommen.

Die Erklärungsschrift zum Manteltarifvertrag läuft am 6. April ab.

Der neue Manteltarif ist etwas abgeändert worden. Wir konnten dabei nicht alle Forderungen durchsetzen, haben aber soweit erreicht, daß die vielen beantragten Verschlechterungen der Arbeitgeber nicht Vertrag geworden sind. Das ist ungewöhnlich auch ein Erfolg.

Wir haben ihn unserer Verhandlungskommission und vor allem auch dem noch geschlossenen Verhältnis unserer Kollegenchaft zu danken, die in fast allen Zahlstellen ihre Gewerkschaftsaufgaben nicht außer acht lassen. So muß es nach dem Auftreten der Unternehmer auch bleiben. Die Organisation lebt und wird leben, solange ihre Mitglieder sie erhalten und ausbauen. Mit ihrer Stärke wechseln auch ihre Erfolge. Daß diese wieder erfreulicher und zahlreicher werden, daß der neue Kurs den Unternehmern keine Siege bringen darf, muß eine Ehrenpflicht unserer Kollegen und Kolleginnen bleiben.

Darum herbei zu unserer Gewerkschaftsarbeit, zu neuen Kämpfen unter einheitlicher Führung, zu politischer Tätigkeit.

Die noch vorhandenen großen Aufgaben können nur erledigt werden, wenn alle Glieder Hand in Hand arbeiten und sich nicht durch Drohungen ins Hochhorn oder durch Versprechungen von ihren Gewerkschaftszielen ablenken lassen.

Tragt Steine, Sand und Mörtel mit zum Bau unserer Zukunft. Regt die Hände. Schafft mit und das Werk wird gelingen.

Wie die sogenannte Opposition arbeitet.

Eine Organisation kann nur erfolgreich wirken, solange ihre Mitglieder die selbst gegebenen Geleise anerkennen und danach geschlossen in einheitlicher Richtung handeln. Der Verlauf der letzten Jahre hat dies deutlich genug bewiesen. Als die Verbände nach bestimmten Richtlinien vorrückten, ging es in jeder Beziehung für die Mitglieder vorwärts. Erfolg reihte sich an Erfolg. Damit war es aus, als die Geschlossenheit mit Absicht in der größtmöglichen Weise gesprengt wurde, und das gerade in der Zeit, in der infolge des allgemeinen Reaktionsrückganges der Zusammenhalt notwendiger gewesen wäre als je. Jetzt ist es nun soweit gekommen, daß durch die Tätigkeit der angeblichen Opposition viele Mitglieder mehr oder weniger von den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften abgelenkt werden und ein Kampf gegen sich selbst in die Wege geleitet wurde. Den Gewinn davon haben nur die Feinde der Arbeiterschaft.

Wie von der sogenannten Opposition gearbeitet wird, ergibt sich sehr deutlich aus dem beifolgenden Rundschreiben des Zentralkomitees zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie, Abt. Porzellanarbeiter. Diesem Komitee hat, wie wir schon in Nr. 9 der „Einheit“ bekanntgegeben haben, der Beschluß des Verbandsbeirates über die Warnung wegen des verbandsgewaltverletzenden Treibens nicht gefallen. Seine Beauftragten innerhalb unseres Verbandes haben sich durch diesen Beschluß beunruhigt gefühlt und bekanntlich dazu Anweisung gegeben, wie ein Proteststurm spontan aus der Masse heraus zu entfachen ist. Die Zahlstelle Altmann, der Kollege Stuhmann und einige andere Zahlstellen haben ja die Anweisung befolgt, aber der übergrößen Teil unserer Mitglieder und Zahlstellenverwaltungen zieht trotzdem die eigentliche Gewerkschaftsarbeit vor und versteht seine Aufgaben. Die Sitzung des Verbandsbeirates und des Vorstandes vom 27. und 28. Januar war durch einstimmigen Beschluß als vertraulich erklärt worden, weil seinerzeit eine tatsächliche Notwendigkeit dazu vorlag; denn es wäre eine gründliche Verleumdung gewesen, die Unternehmer durch Veröffentlichung unserer Verhandlungen in unsere Karten selbsthaften Berichterstattung der Vertrauensleute des genannten

Komitees. Aber das eine sei gesagt: Der erste Verhandlungspunkt der Vorstand- und Beiratskonferenz wurde ohne jede Beeinflussung durch die Vorstandsmitglieder — es beteiligte sich ausschließlich keines an der Aussprache über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches über die Arbeitszeitfrage — so gründlich nach allen Seiten behandelt, wie es gründlicher nicht hätte gelassen werden können und keiner der kommunistisch gesinnten Vertreter konnte auch nur den geringsten Fingerzeig geben, wie die Frage am besten hätte gelöst werden können. Dabei ist doch in solchen Fällen die Lösung die Hauptsache. Heute handelt es sich aber nicht mehr um die Sitzung, sondern um das Verhalten von kommunistisch gesinnten und handelnden Vorstandsmitgliedern zu dem einstimmig gefassten Beschluß über die Vertraulichkeit der Sitzungsborgänge.

Wie die Vertraulichkeit gebrochen wurde, mögen folgende Rundschreiben des Komitees mit dem schönen Anschuldigungen zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie, Abteilung Porzellanarbeiter ergeben:

Das erste lautet:

„An...“
„Verehrter Freund! Auf der letzten Beiratskonferenz des Porzellanarbeitersverbandes ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Verbandsbürokratie gekommen. Während die Mitglieder der Meinung waren, daß die Beiratskonferenz einberufen ist, um Stellung zu nehmen zu dem Schiedsspruch, der eine Verlängerung der Arbeitszeit und die willkürliche Einführung von Ueberstunden vorsieht, hat es sich herausgestellt, daß dem Verbandsvorstand es gar nicht daran gelegen war, den Angriff auf den Achtstundentag abzuwehren. Den ganzen Tag hat man diskutiert und am Schluß erklärt, daß man die Entscheidung der Verhandlungskommission und dem engeren Vorstand überlassen solle, womit klar zum Ausdruck gekommen war, daß sie dem Schiedsspruch zustimmen wird und somit auch in der Porzellanindustrie eine verlängerte Arbeitszeit eingeführt werden soll. Der Hauptpunkt der Auseinandersetzungen und der Punkt der Beiratskonferenz zeigte sich am zweiten Tage. Der Vorstand wollte diese Körperlichkeit nur benutzen, um sich Bollmachten geben zu lassen, die Opposition herauszuwerfen. Als Grundlage wurde die Resolution des Bundesverbandes des ADGB genommen. Die 12 Beiratsmitglieder — lauter SPD-Leute — haben auch ihre Zustimmung dazu gegeben. Aus dem Thüringer Bezirk haben die Beiratsmitglieder Louis Elmer-Gräfenhain, Paul Welter-Langewiesen dafür gestimmt. In einem Rundschreiben, das in den nächsten Tagen herauskommt, haben wir ausführlich zu diesen Dingen Stellung genommen und bitten wir Euch, jetzt schon sofort Sturm dagegen zu laufen, daß man die Opposition des Verbandes maßregeln will. Vor allem will man die Ortsverwaltungen, in denen eine oppositionelle Mehrheit besteht, beseitigen und die Kollegen der Opposition, die Mitglieder im Hauptvorstand sind, vor allem den Kollegen Schläter, ihres Postens entheben oder ausschließen. Wichtig ist noch auf folgendes hinzuweisen. Der Gauleiter Hoffmann hat besonders die Thüringer sehr schwer angegriffen und behauptet, daß in Köppelsdorf und Manstein die oppositionelle Ortsverwaltung es zugelassen und befürwortet hat, daß unsere Kollegen 72, je 96 Stunden pro Woche im Betrieb arbeiten. Dieser Vorwurf ist selbstverständlich unannehmlich und wir sehen zu lassen. Es soll dies auch heute nicht geschehen trotz der glauben nicht, daß er zutrifft. Wir bitten Euch dringend, uns sofort mitzuteilen, auf Grund welcher Verhältnisse Hoffmann solche Behauptungen aufstellen konnte. Ihr müßt selbstverständlich beim Hauptvorstand gegen solche Verleumdungen protestieren und in Eurer Zahlstelle und Bezirk die Anschuldigungen niedriger hängen. Wenn wir im Besitze Eurer Nachricht sind, werden wir sofort allen anderen Zahlstellen Bericht geben.“

Am die Opposition besser zusammenzufassen und eine einheitliche Abwehrfront gegen die Spaltungsbemühungen zu bilden, werden wir für Thüringen am 27. Februar oder 3. März eine Konferenz der Porzellanarbeiter des Gau Thüringen einberufen. Wir sind der Meinung, daß Saalfeld der zentral gelegene Ort ist, nach dem eine gute Fahrverbindung für alle Zahlstellen besteht. Wir sind sogar bereit, für die Delegierten, die in ihrer Fraktion nicht das Fahrgehalt erhalten, es ihnen zuzuschicken. Teilt uns umgehend mit, ob Ihr mit dem vorgeschlagenen Konferenzort einverstanden seid. Wir werden sie dann einberufen und dann einen Vertreter aus Berlin entsenden. Eurer umgehenden ausführlichen Antwort erwartend, zeichnen wir

mit kollegialem Gruß

Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit Gruppe Chemie.
Unsere Adresse: Wilh. Röhl, Berlin, Rottbuerger Ufer 57“

Das zweite, im ersten angekündigte Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

5. 2. 24

„Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit Gruppe Chemie.“

(Abteilung Porzellanarbeiter.)

Rundschreiben Nr. 4.

„Verehrte Kollegen! Nachstehend übermitteln wir Euch einige wichtige Informationen, zu denen wir bitten, in jedem Bezirk und in jeder Zahlstelle offiziell Stellung zu nehmen. Weiter einige Mitteilungen für die weitere Gestaltung unserer Arbeit und der vor uns liegenden Aufgaben.“

Tagung des Verbandsbeirates am 27. und 28. Januar.

Der erweiterte Vorstand beschloß, mit den Beiratsmitgliedern gemeinsam in eine Beratung einzutreten, wie man am besten dem Angriff der Unternehmer, die eine Verlängerung der Arbeitszeit wollen, Widerstand entgegengekehrt werden kann.

Von dieser Konferenz mußte verlangt werden, daß sie sich und verständlich zu diesen Fragen Stellung nimmt und durch einheitliche Beschlüsse die gesamte Kollegenchaft auf die bestehenden Gefahren aufmerksam macht und in organisatorisch, agitatorisch und finanzieller Beziehung sofort den Kampf vorbereitet. Die Kollegen werden schwer enttäuscht sein, wenn erfahren, daß die Beiratskonferenz diese Aufgaben nicht gelöst hat. In stundenlangen ruhlosen Debatten wurde wohl über Dinge gesprochen, um sie dann aber zum Schluß dem engeren Vorstand resp. der Verhandlungskommission zur Erledigung überlassen. Dieses Ausweichen vor einer klaren Entscheidung bedeutet, sich den Wünschen der Unternehmer zu fügen und den Schiedsspruch des Arbeitsministeriums anzunehmen. Durch diese Abkündigung werde der Achtstundentag preisgegeben. Das heißt es: „Nach Anhörung der Betriebsverwaltung (Arbeitsgeber) bis 64 Stunden arbeiten lassen, ohne Ueberstunden zu bezahlen.“

Im § 3: „Darüber hinaus können auch Ueberstunden verlangt werden, zu denen ein Zuschlag von 25 Proz. Lohn kommt.“

Im § 5: „Ueber 60 Stunden pro Woche kann die Arbeitszeit verlängert werden, wenn der Betriebsrat keine Zustimmung gibt.“

Der Vertrag läuft vorerst bis 31. Mai.

Durch Annahme dieses Schandabkommens hat der Verbandsvorstand den Achtstundentag feige und kampflos preisgegeben. Die Porzellanarbeiter sollen gezwungen werden, obgleich sie vom Hauptvorstand Hilfe zu erwarten haben, wöchentlich 50, 70 Stunden und darüber zu arbeiten. Auf diese Vermutung muß sofort mit den schärfsten Protesten reagiert werden. In keinem Betrieb, in keiner Zahlstelle darf auch eine einzige Minute länger gearbeitet werden. Jetzt ist es noch Zeit, für die Arbeiter zu stehen, ehe durch noch größere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Anebelung der Kampf schwieriger wird. Sämtliche Mitglieder des Beirates, die wir weiter unten namentlich auflisten, haben mitgeholfen, den Verrat zu begehen. Diesen Leuten sofort abzurechnen, ist die Aufgabe der Mitglieder und darüber hinaus muß es durch den eigenen Willen möglich sein, auch den hauptverantwortlichen Vollmann zu seine Anhänger zu beseitigen.

Der engere Vorstand hatte aber mit der Einberufung der Beiratskonferenz ein anderes Ziel im Auge. Für ihn waren die Fragen des Achtstundentages und der Abgabe von mehrwöchiger Bedeutung. Er wollte sich von den Beiratsmitgliedern die Sanktion geben lassen, die Opposition aus dem Verband auszuschließen und damit den Verband zu zerschlagen.

Die Opposition im Porzellanarbeiterverband ist relativ stärker wie in allen anderen Verbänden. Eine ganze Reihe von Zahlstellen befindet sich in den Händen der revolutionären Arbeiter. Immer größer werden die Kreise der Mitglieder, die Sturm laufen gegen den unfähigen Vorstand, der durch seine reformistischen Handlungen, seine Arbeitsgemeinschaftspolitik und seine Verbrüderung mit dem Kapital erst den Unternehmern die Möglichkeit gegeben hat, ihren Forderungen gegen die Arbeiter beginnen zu können. Die verantwortlichen Führer fürchten mit Recht, von ihren empörten Mitgliedern davon in Anspruch genommen zu werden. Die Arbeiter stehen auf dem Boden der Solidarität, die die oppositionellen Gewerkschaftsanstalten in Weimar gefügt haben. Die Schaffung von Industrieverbänden werden von Vollmann auf das heftigste bekämpft. Er befürchtet dadurch, daß es ihm nicht mehr möglich ist, den Verband für seine sozialdemokratische verräterische Politik wirksamer zu machen.

Aus diesem Grunde plant er die Opposition auszuschließen zu müssen, um die Organisation für sich zu retten. Er weiß, daß seine Absicht die Zerschlagung der Organisation bedeutet, trotzdem betreibt er bewußt dieses schändliche Spiel. Die Opposition auf der Beiratskonferenz und unsere Kollegen

Stenerlos.

Von Ludwig Hinrichsen.

Lehrer, Pastor und Arzt waren sich in dieser Meinung einig: Nach dem Jungen könne nichts, könne im ganzen Leben nichts kommen. Alle Nachbarn und Einwohner des Hofes wichen vor diesem Urteil zurück. Ein sonnenklarer Fall: Er war ein Taugenichts von Natur, in der Wurzel verborren, und wenn der Doktor von krankhafter Veranlagung, von Vererbung und dergleichen sprach, so war das einfach die bekannte Wahrheit, tiefgründig und wissenschaftlich zu scheinen, anders zu urteilen als andere vernünftige Menschen.

Bier, fäimst im Jahre — im letzten Jahre sogar sechs mal — rief Peter Ruchert aus, rannte von der elterlichen Wohnung oder vom Schulspielplatz, oder von einem erhaltenen Auftrag weg trieb sich rasend umher und kam halbverhungert und total verwildert zurück. Vieles wurde er auch gebracht; jeder Schatzmann des Bezirks konnte ihn und wußte, wo er ihn zu suchen hatte, und der bide Ruchert, den der Hauptlehrer in seinem Schrank verborgen hielt, war für ihn reserviert und trug seinen Namen.

Sinnlos, ziellos und zwecklos waren diese durchtriebenen Streiche des Jungen. Nur drei Tage des gewagtesten Vagabundierens, mit Hungern und Frieren, die erschütterndste Eliaerei, die beschämendsten Krügel.

„Ja, nicht du denn das nicht ein, merkt da nicht, wie es von Mai zu Mai schlimmer wird, wie du die Rache der Erde und Gerechtigkeit immer stärker heranziehst? Was soll das heraus werden?“ So oder so ähnlich leitete der Herr Hauptlehrer stets die Exekution ein.

Ja, wenn Peter Ruchert das wüßte! Wenn er wüßte, was es mit ihm wollte, da würde er am Ende ja auch die dunklen Kräfte kennen, die ihn immer wieder vorwärts trieben. Aber er kannte weder Ursache noch Wirkung. Es war in den schmerzhaften Momenten, als läge er zwischen Eisenbahnschienen und sah den Zug auf sich heranziehen; immer näher, immer droher, als hätte er schon, was der glühende Atem des Ungeheuers in verengte, und als merkte er doch gleichzeitig, daß er nicht Rache und Kraft habe, entgegenzutreten und davonzurennen. Es kam ihm über den Leib. Er war nicht schlicht, nicht einmal ganz hell, und wenn sie ihn auch alle beschuldigten, daß er an allen vornehmenden Dingen beteiligt sei, und wenn sie ihm auch alles Böse zutrauten, wußten sie! Bis heute war er eifrig geblieben. Er begriff nicht, wie sie ihm das zutrauen konnten. Stehlen, Räubern, selbst wenn es sich um Obst und fragwürdige Käsehandeln handelte, ging von dem Burschen aus, etwas zu haben, war der Endzweck. Aber er hatte ja nicht einmal den Wunsch, sich besondere Freuden, abenteuerliche Erlebnisse zu erwerben. Sie sollten nur eine einzige Nacht unter einem Bäume oder in einem düsteren, feuchten Stalle unter Krampen und altem Eisen verbringen, dann würden sie wohl an-

ders reden. Nein, wenn er nur an den furchtbaren Dreck in jener Nacht dachte, an das fragende, jähige Gemühe im Halbschlaf, das ihn schließlich dazu angetrieben hatte, die schmutzigen, salpeterminen Steine der Wände zu belecken, so spürte er noch den schmerzhaftesten Ekel. Dazu die ständige Angst. Sie sollten nur wissen, in welche Verfassung die ihn brachte: die brachte ihn gar dahin, daß er die harte Strafe als etwas Willkommenes, als etwas Nützliches herbeisehete. Keine Wimper zuckte, keinen Wink schickte er aus. Fast, als hätte er, die derbe Hand möge auch den bösen Trieb den Unruhegeist in ihm zerbrechen.

Es war umsonst; die Hoffnung verfliehe. Acht, vierzehn Tage, manchmal auch noch länger, wirkte die Strafe nach, manchmal die Scham seine Kräfte, dann aber eines schönen Tages erwachte die Eucht wie eine böse Krankheit wieder. Mit einer unbegreiflichen Unruhe begann es. Ein Jucken und Jähnen der Glieder folgte. Manchmal hatte er in diesem ersten Stadium sich an jemanden anklammern mögen; laut aufschreien! Aber es war ja niemand da — sie kannten ihn ja alle. Ein Glühn durchbrannte ihn, irgend etwas in ihm trieb, sich und jagte, die Bestimmung schwand, und vorwärts, haltlos, ziellos ging er seinen Weg.

So war es auch vorgestern wieder gewesen. Durch ganze Etappen war er gelaufen, genau wie ein verjaarter Hund, hier spähend, hier suchend und überall verstoßen. In einer Abzweigung des Hofes ergriff er spät am Abend seine Glieder zur Ruhe. Auf dem Hofboden liegend den Kopf gegen den Holzpfosten gelehnt und mit leeren Händen zuhause. Um fünf Uhr war er auf. Ein Gefühl, als solle er sterben, schwirte ihm die Brust als hätte er, auf Kommando, dort in die Kalkgrube hinin. Er zitterte lebhaft, was half? Er mußte hinaus. Den ganzen Tag noch trieb er umher; nicht aus Angst vor der Strafe, das Gefühl war in seiner ganzen Furchtbarkeit noch nicht erloschen, das kindliche Scham und Ekel, die Ziel und Grenzen nicht kennen, die noch meinten, vor der Gefahr wegzulaufen zu können. Vor der Gefahr und vor sich selbst.

Erst als sich der Abend zum zweitenmal senkte, als die grauen Häuser der engen Straßen ihn düster und großend anstarrten, da fuhr es ihm bleiern durch die Glieder, da lagte aus jedem Hosenknopf das grimmige Gespenst, sprang lustig auf ihn zu und jagte ihn, bis er atemlos in seinem Stabviertel anlangte. Und da stand es, das graue Tor der Schande, durch das er hindurch mußte. Mäh! Einen Augenblick lang wollten ihm die Tränen kommen, einen Augenblick hoffte er, hoffe mit heißer Hinterhand. Dann aber bellte er sich. Das war wie immer, erst dieses kurze Sonnenleuchten und dann Nacht, finstere, kalte Nacht. Da standen schon, wie festsitzten die Frauen vor den Türen, schwabend, klatschend. Langsam kam er näher. Einige Kinder erkannten ihn, jetzt erkannten ihn auch die Großen. Drei, vier Jungen umgaben ihn, jetzt zehn, bald zwanzig und mehr. Tritten, traten, stießen und drohten. Vorübergehende blieben stehen, erfuhren das Geschehnis und begriffen es nicht. Eine Frau lagte in schrillen Tönen die Eltern an, und ein Mann

meinte grunzend: „Das sollte meiner sein!“ Nur Peter selbst war still; das Meinen war ihm vergangen, er fühlte nur, er war wie immer, und es würde werden, wie immer. Nur, er war vor seiner Tür. Mehr gestoben, als aus eigener Kraft, lag er hinein. Sein Schwesterchen trümpelte ihm entgegen. „Hast er!“ Ein dumpfes Gemurmel von Grinsen, von hellen und harten Stimmen nahm ihm fast die Bestimmung.

Das war die hohe Stimme seiner Mutter, dies — nun hat sein Bruder für ihn und das — das wetterhafte Wort kam von Vater. Er stand wie angewurzelt, jetzt taumelte er ein paar Schritte vor, es hatte ihn ja schon am Kragen und schleppend schleppte — jetzt langte eine Hand in die Ecke —

„Du — Du!“ Aber was war es denn? Es war ja ganz still. Es hatte keiner gerufen, keiner geschrien. Er rumpelte sich leise — keine Antwort. Er sah sich ganz lachte mit dem Mund ins Genick. Er fuhr zusammen, keine fassenden Finger.

In wirrer Angst prallte er gegen den Eschrank.

„Ja —“ Nichts.

Aus der Küche am Ende des Flurs drang leises Stöhnen wie ein angeschossenes Tier schleppte er sich dorthin.

Im Halbdunkel erkannte er seinen Vater. Wo war Mutter? Wo war der Bruder? Die kleine Schwester lag er; just verflucht sie sich hinter den Tisch.

„Hm! Schwanken die Füße. Von der Tischplatte erbebt die Wankstange. Wie tot, steinern, mit Augen wie glühende Kohlen, starr, ohne Leben, fixiert er ihn an. Kein Wort. Eine jagbare Furcht packt ihn. Er wirft sich auf die Erde und rumpelt höhnend zum Vater. Schon will er die harte Hand fassen, als er in die Höhe fährt und schallend auf den Tisch schlägt.“

„Vater!“ Keine Silbe. Aus geschlossenen Augen fixiert es ihn wieder, dann flutet der Kopf auf die Tischplatte. Der Kleine wimmelt leise.

Er will schreien, will betteln, der Vater möge ihn doch wieder schlagen — will — will — und kann doch nicht. Nichts. Sein Atem stockt. Eine furchtbare Erkenntnis hämmert in ihm auf und krallt sich wie mit Klauen in seinem wirbelnden Hirn fest. Sein Herz fühlt er nicht, eine Leere, tief wie ein Abgrund, gähnt in ihm; wie ein hohler, kalter, kahler Raum füllt er sich, und nur in den Schläfen pochen die Hämmer.

Es ist aus — die Mutter — irrt da draußen — sucht — flucht, und der Vater — aus —! Ich habe keinen und keinen — nimmt mich mehr an die Hand —

Er wankt, schlägt gegen die Wand, richtet sich wieder auf und wie von unsichtbaren Händen, die aus seinem Inneren herausdrängen, getrieben und gepeinigt, krümmt er vorwärts und stolpert über die Treppe.

Noch von unten glaubt er das dumpfe Stöhnen und das leise Wimmern seiner Schwester zu hören.

Aus des nordwestdeutschen Heimatsdichters Romanenform „Abseits vom Wege“ (Carl Schünemann, Bremen).

im Hauptvorstand sitzen, haben sich entschieden dagegen gewehrt. Sie haben an Hand seines Thesenentwurfs nachgewiesen, welches die Ursachen sind, daß die Arbeiterklasse so verelendet und welche Vorschläge gemacht, wie die Arbeiterklasse wieder Vertrauen gewinnt und bereit ist, für ihre Interessen zu kämpfen. Da unsere Genossen die Stellung der Opposition in der Beurteilung dieser Fragen kennen, erübrigt es sich hierauf näher einzugehen. Gewissen wollen wir aber, daß der Versuch unternommen ist, unsere Meinung in der „Ameise“ niederzulegen. Die Redaktion will die Veröffentlichung nicht vornehmen. Unsere Kollegen müssen daher verlangen, daß auch der Opposition die Benutzung der Presse freisteht. Der Antrag Wollmanns, die Opposition entsprechend den Beschlüssen des ADOB auszuscheiden mit 16 Stimmen angenommen. Für die Verurteilung des Verbandes, für die Nichtzulassung der „Ameise“ stimmten auch die 12 Beiratsmitglieder, unter denen 7 Angehörige der Opposition waren. Folgende Kollegen sind als sofort von der Mitgliedschaft zur Rechenschaft zu ziehen: Erich Brandmann, Lagerarbeiter; Ernst Wehler-Mehrbach, Brenner; Jaroslans Krafisch-Tellow, Dreher; Franz Weber-Fronach; August Hermann-Bell a. S.; Louis Elmer-Gräfenhain; Martin Strich-Waldburg; Paul Herzer-Weiden; Gustav Weinhardt-Bahls; Scheffel-Selb; Paul Weder-Langewiesen; Alf. Pantow-Dresden. (Alles Angeklagte.)

Die Bestimmungsbüro des Vorstandes müssen einheitlichen Protest auslösen. Es besteht kein Zweifel, daß man zuerst versuchen wird, den Kollegen Schläter, Mitglied des Vorstandes, auszuscheiden, sowie alle Haftstellen auszulösen, die eine oppositionelle Leitung haben oder sich auf den Boden der oppositionellen Verhältnisse von Weimar stellen. Wenn der sofortige Gegenangriff der Kollegen einsetzt, dann werden wir im Vorzeitarbeiterverband daselbst Resultat zu verzeichnen haben, wie bei den Glasarbeitern, die im vergangenen Jahre bereits die Auschlusspolitik einführen wollten. Alle Haftstellen haben damals sofort Stellung genommen und durch Delegationen und Telegramme dem Verbandsvorstand den Kampf angelegt. Ihren Gauleitern und Geschäftsführern in den Versammlungen die Meinung und die Stärke der Opposition so deutlich vor Augen geführt, daß der Hauptvorstand weder damals noch heute imstande war, Ausschüsse vorzunehmen. Nur wenn ihr ebenso handelt, wird die Spaltung vermieden werden.

Konferenzen. Wir werden jetzt endlich dazu kommen, die schon längst geplanten Oppositionskonferenzen abzuhalten. Alle Haftstellen erhalten rechtzeitig Mitteilung, wann und wo dieselben stattfinden. Jede Fraktion ist verpflichtet, einen Delegierten zur Konferenz zu entsenden.

Bulletin. Durch das Internationale Propagandakomitee der revolutionären chemischen Arbeiter geht regelmäßig ein Bulletin heraus, das die wichtigsten nationalen und internationalen Ergebnisse aus der Arbeiterbewegung enthält. Wir haben, wo wir im Besitz direkter Adressen sind, Euch solche zugestellt, im anderen Falle durch die W. Euch überweisen lassen. Wo ihr dieselben noch nicht erhalten habt, fordert sie bei uns an. Um eben den Versuch zu berücksichtigen ist es Eure Pflicht, an der Ausgestaltung des Bulletins mitzuarbeiten. Sendet daher Artikel über Streiks und andere Kämpfe und über die wirtschaftlichen Verhältnisse Eurer Gruppe ein. Wir werden dieselben soweit wie nur möglich, veröffentlichen. Ihr müßt das sofort tun, damit sie in der nächsten Nummer noch aufgenommen werden können.

Verbindung mit den Glasarbeitern. In den wichtigsten Betrieben der Porzellanindustrie befinden sich auch Haftstellen des Glasarbeiterverbandes. Die Fraktionen beider Verbände müssen unbedingt eine enge Verbindung herstellen, gemeinsame Fraktionsversammlungen abhalten und wo die Möglichkeit besteht, gemeinsame Gewerkschafts- und öffentliche Versammlungen einberufen, um eine einheitliche Plattform für Kämpfe und Bewegungen zu schaffen. Wir bitten Euch diese Verbindungen sofort aufzunehmen.

Verpflichtung. In der Anlage überreichen wir Euch einen Fragebogen. Wir bitten Euch dringend, diesen sofort auszufüllen und an die Adresse: W. Köhl, Berlin, Rottbuler Ufer 57, einzuliefern. Darüber hinaus ist es aber dringend notwendig, die fortlaufend über alle wichtigen Dinge zu berichten und vor allem uns mitzuteilen, wie Ihr die im Rundschreiben niedergelegten Ausführungen verwertet habt. Genau wie wir bemüht sind Euch zu unterrichten und zu unterstützen, und Euch in allen Fragen helfend beiseite zu stehen, müßt Ihr uns Eure Erfahrungen mitteilen, damit wir sie den anderen Haftstellen mitteilen können und so die gesamte Arbeit einheitlich führen. Wir erwarten bestimmt, daß Ihr mit allen Kräften bemüht seid, weiterhin für die Opposition und die Revolutionierung des Verbandes im Interesse der Arbeiterbewegung zu wirken. Spannt alle Kräfte an und erledigt die Aufgaben, ehe es zu spät ist.

Mit bestem Gruß
Zentralkomitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit.
Gruppe Chemie.

Neben dem Vertrauensbruch und außer den lügenhaften Behauptungen sind noch folgende Punkte zu beachten: Im Rundschreiben steht einmal, dem Verbandsvorstand sei garnicht daran gelegen gewesen, den Angriff auf den Achtstundentag abzuwehren und ferner, man habe den ganzen Tag über diese Frage diskutiert. Ein solcher Widerspruch hätte selbst einem konfusesten Gehirn auffallen müssen. Aber es kommt ja den Machern nur darauf an, zu verleumden und zu verwirren.

Für heute seien folgende Sägen richtig gestellt:

Zur Lage 1. In der erwähnten Sitzung vom 27. und 28. Januar ist nicht zum Ausdruck gekommen, daß der engere Vorstand den Schiedsspruch annimmt. Es wurde vielmehr gegen drei Stimmen beschlossen, noch bis zum Entscheidungstag (5. Februar) zu warten, ob nicht etwa Umstände eintreten könnten, die eine glücklichere Lösung brächten. Dieser Beschluß war eine Einheitsmaßregel, die in jener bewegten Zeit ein unbedingtes Erfordernis war und von allen einmütigen und noch mit Verstand bedachten Vorstands- und Beiratsmitgliedern anerkannt wurde.

Zur Lage 2. Neben ein Hinauswerfen der Opposition ist kein Wort gefallen, wie ausdrücklich schon in der „Ameise“ festgestellt wurde. Ebenfalls von einer Maßregelung der Opposition. Kein Vorstands- oder Beiratsmitglied hat an eine Verurteilung der oppositionellen Ortsverwaltung (Haftstellenverwaltungen) gedacht, geschweige denn davon gesprochen. Noch weniger war davon die Rede, Mitglieder des Hauptvorstandes ihres Postens zu entheben oder auszuschließen.

Zur Lage 3. Durch die Abstimmung über die Arbeitszeitfrage bezw. des Abwartens bis zum 5. Februar konnte der Achtstundentag nicht feige und kampflos preisgegeben werden; denn er ist grundsätzlich im Schiedsspruch festgelegt und wird solange gehalten werden, wie ihn die Arbeiterschaft der feindlichen Industrie zu verteidigen weiß.

Zur Lage 4. Kein Porzellanarbeiter kann jemals vom Hauptvorstand gegen sich genommen werden, 60, 70 Stunden und darüber zu arbeiten.

Zur Lage 5. Die genannten Beiratsmitglieder können niemals etwas verraten haben, was grundsätzlich festgelegt ist und von der Gesamtkollegenchaft gehalten wird.

Zur Lage 6. Der engere Vorstand hat die Frage des Achtstundentags und der Löhne doch als Hauptfrage betrachtet und deren Behandlung an die erste Stelle der Beratungen gestellt.

Zur Lage 7. Die relativ stärkere Opposition im Porzellanarbeiterverband gegenüber anderen Verbänden besteht nicht und ist nur ein Hirngespinnst der bezahlten Drahtzieher der angeblichen Opposition.

Zur Lage 8. Von einer Arbeitsgemeinschaftspolitik, von reformistischen Handlungen und von einer Verbrüderung mit

dem Kapital innerhalb unseres Verbandes zu reden und diese dem Vorstand anzukleiden, ist ein echt kommunistisches Verleumdungsstückchen. Wer die Vorgänge der letzten Jahre nur noch etwas im Gedächtnis hat, wird wissen, daß kein Kampf in irgendeiner Weise verhinbert wurde, und daß stets bei Verhandlungen mit Hilfe und Unterstützung der Kollegenchaft herausgeholt wurde, was zum gegebenen Zeitpunkt menschlich möglich war.

Zur Lage 9. Die Porzellanarbeiterschaft steht nicht auf dem Boden der oppositionellen Gewerkschaftsausschüsse von Weimar.

Zur Lage 10. Die Redaktion der „Ameise“ hat keinen Verstoß verurteilt, Meinungen der Opposition zu diesen Fragen in der „Ameise“ zu veröffentlichen.

Zur Lage 11. Unter den zwölf Beiratsmitgliedern waren nicht sieben, oder alles Angeklagte, wie in dem Rundschreiben behauptet wird. Außerdem sind Namen von Mitgliedern angeführt, die gar nicht an der Sitzung teilgenommen haben (Krafisch-Tellow und Brandmann).

Zur Lage 12. Der Vorstand hat keine Bestrafungsabsichten, wie etwa die Anfertiger des Liniendruckschreibens.

Zur Lage 13. Von einem Ausschluß Schlaters wurde kein Wort gesprochen, noch weniger vom Auslösen oppositioneller Haftstellen.

Zur Lage 14. Niemand kann die im Rundschreiben gezeigte „Revolutionierung des Verbandes“ im Interesse der Arbeiterschaft erwirkt werden; im Gegenteil: sie ist das Schädlichste, was ihr angetan werden kann.

Zur Lage 15. Kollege Wollmann hat die Schaffung von Inbuitverbänden niemals bekämpft, aber willkürlich wird ihm das Gegenteil untergeschoben.

Nun möge noch beachtet werden, daß die Anwürfe, Lügen und Verleumdungen geheim verbreitet werden, ohne daß den Angegriffenen Gelegenheit gegeben wäre, sich dagegen zu wehren. Unständige Menschen erbilden darin eine Niederträchtigkeit. Wer so kämpfen und opponieren muß, ist ein Strauchhieb. Wenn nicht zufällig die Rundschreiben in unsere Hände gekommen wären, hätte keiner der Angegriffenen Gelegenheit gehabt, den gemeinen Lügen entgegenzutreten. Nur dem günstigen Umstand ist es zu danken, an Hand der Gegenüberstellungen Aufklärung zu geben.

Mit der Handlungsweise, die im Herausgeben der Rundschreiben liegt, ist auch gleichzeitig schroder Vertrauensbruch begangen worden. Der Vertrauensbruch ist eine widerliche Tätigkeit, der Einhalt geboten werden muß; denn in einer verantwortlichen Körperschaft muß Vertrauen herrschen, sonst ist ein für die Organisation erprießliches Arbeiten nicht möglich.

Jeder offene und ehrliche Kampf ist gesund und förderlich, aber niemals hinterlistige Schandakten. Wo diese beanstanden werden, muß die Organisation leiden, und wir möchten alle einsichtigen Mitglieder dazu anfordern, den Schändlichen das Handwerk zu legen. Es wäre ein Verbrechen am Verbands- und seinen Mitgliedern, Verbandschädlinge aufkommen zu lassen, die in so schädlicher Weise an den Grundfesten der Organisation rütteln.

Vom 25. Februar bis 24. März bestand kein Lohnarif.

Wir bringen zu den schon gemachten Ausführungen in Nr. 12 der „Ameise“: „Ab 25. Februar tarifloser Zustand“, noch die nötigen Ergänzungen und den genauen Wortlaut des Gewerbegerichtsurteils mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß die etwa abgezogenen 3 Proz. bei den Beiratsmitgliedern und Beiratsrätinnen eingeklagt werden können. Der Lohnabzug von 3 Proz. ist zu Unrecht erfolgt.

Die mit dem Original gleichlautende Abschrift ist von der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts beglaubigt und hat folgenden Wortlaut:

Im Namen des Volkes!
In Sachen der sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik A.-G. Hermisdorf-Klosterlausitz, vertreten durch den Arbeiterrat Herrn Krenzel und Gewerkschaftsführer Willi Martin, beide in Hermisdorf-Klosterlausitz wohnhaft, gegen die Firma Porzellanfabrik A.-G. Hermisdorf-Klosterlausitz, vertreten durch Herrn Direktor Kneisch und Herrn Dr. Med. Rudolph, Beklagte, wegen Forderung auf Zahlung von circa 300 Mark für zurückbehaltene Lohnanteile für die Woche vom 25. Februar bis 1. März 1924 erkennt das Gewerbegericht der Gemeinde Hermisdorf-Klosterlausitz, für Recht:

Die Widerklage wird abgewiesen.
Die Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an die Klägerin die für die Zeit vom 25. Februar bis 1. März 1924 zurückbehaltene Lohnanteile nachzuzahlen, unbeschadet der künftigen Regelung der Lohnverhältnisse durch das Schlichtungs- oder weitere Schiedsgericht.
Das Urteil ist vollstreckbar.

geg.: Dr. Weilingen.
Diese vollstreckbare Ausfertigung wird der Beklagten — Kläger — auf Antrag hiermit erteilt.

Hermisdorf-Kl., den 18. März 1924.
Stempel. Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts.
geg.: Präbeler.

Zatbestand und Gründe.

In der mündlichen Verhandlung vom 14. März 1924 haben die klägerischen Vertreter den Inhalt der Klageschrift, auf die hiermit Bezug genommen wird, und den darin enthaltenen Klageantrag vorgetragen. Die Beklagte hat zunächst die Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts vorgebracht; das Gewerbegericht habe keine Lohnfestsetzung zu treffen, daß bei jeder der Tarifverhandlungen in der Porzellanindustrie, durch deren noch nicht erfolgten endgültigen Abschluß die Lohnfrage geregelt würde. Nachdem sich das Gewerbegericht für zuständig erklärt hat, hat die Beklagte kostenpflichtige Abweisung der Klage beantragt und Widerklage erhoben mit dem Antrage: „festzustellen, daß die Beklagte auch bei noch nicht vorhandener Verbindlichkeit des Schiedsspruches die Abzüge deselben durchzuführen kann“, unter Bemessung des Streitwertes auf 1100 Mk. Die Parteien waren darüber einig, daß zurzeit eine Lohnregelung in der Porzellanindustrie nicht bestehe, und daß der Betrag der im Laufe der Woche gemachten Lohnabzüge sich zwischen zwei- und dreihundert Mark bewegen. Die Kläger zogen ihren Antrag unter 1, ohne Widerspruch der Beklagten, zurück. Einigkeit herrschte ferner darüber, daß der bisherige Tarifvertrag schon am 8. Februar 1924 abgelassen und von da ab nur bedingt bezw. stillschweigend verlängert worden war, also Geltung hatte, solange er nicht geändert war; die Kündigung ist seitens des Arbeitgeberverbandes der Beklagten erfolgt. Die danach eingeleiteten Tarifverhandlungen verliefen ergebnislos und es erging ein Schiedsspruch, der für angelernte Arbeiter einen Lohnabzug von 3 Proz. vorsieht, den der Verband der Kläger aber abgelehnt hat, der auch noch nicht vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt ist. Auf Anweisung ihres Arbeitgeberverbandes hat die Beklagte gleichwohl kurz vor dem Tage, an dem die Lohnabzahlung für die Woche vom 25. Februar bis 1. März erfolgte, dem Betriebsrat mitgeteilt, daß sie anstelle des noch nicht verbindlichen Schiedsspruches der angelernten Arbeiter für diese Woche einen Prozentsatz Lohnabzug machen werde, und hat dies auch ausgeführt. Dieser Lohnabzug ist der jetzt vorliegende.

Die Klage ist also eine reine Lohnfestsetzung, deren Entscheidung alsdann, ob sie zugunsten der Kläger oder Beklagten ausfällt, ohne jeden Einfluß auf das noch nicht abgeschlossene Schiedsverfahren und die durch dieses beabsichtigte Lohnregelung bleiben muß, unbeschadet deren sie auch nur erfolgen kann. Die

Zuständigkeit des Gewerbegerichts nach § 4, Abs 2 des GGG lag also ohne Zweifel vor.

Der Klage war auch stattzugeben. Es bestand zweifellos keine tarifliche Regelung des Lohnes. Dann konnte aber seitens des Arbeitgebers eine Kürzung der bisher gültigen Löhne nur dann erfolgen, wenn die Arbeitnehmer dem zustimmen, also jedenfalls nicht für die schon gearbeiteten Tage der Woche bezw. für die ganze Lohnwoche nicht, sofern nicht bei Beginn der Arbeitswoche die Lohnkürzung schon bekanntgegeben war. Wollte also die Beklagte den Lohnabzug durchführen, so hätte sie es erst tun können vom Beginn der Arbeitswoche ab, welche nach ihrer aus dem Betriebsrat erfolgten Bekanntmachung des Abzuges anfiel. Wer von der angelernten Arbeiterschaft in Kenntnis der Lohnkürzungsabsicht der Beklagten am Beginn der nächsten Woche weiter seiner Arbeit nachging, konnte also als stillschweigend der Lohnkürzung zustimmend betrachtet werden. Für die hier eingeklagte Woche aber war der Lohnabzug unberechtigt.

Die von der Beklagten erhobene Widerklage war abzuweisen. Formell war sie unabweisbar nur darauf zugeschnitten, den vorliegenden Streitfall der Zuständigkeit des Gewerbegerichts zu entziehen. Es handelte sich aber auch bei dem Gegenstand der Widerklage nicht um ein im Laufe des Prozesses streitig gewordenes Rechtsverhältnis, von dessen Bestehen oder Nichtbestehen die Entscheidung des Schiedsgerichts ganz oder zum Teil abhängt. (§ 240 d. ZPO.) Die Widerklage ist aber auch unzulässig, da sie nicht einen Gegenanspruch nach Art der im § 4 der ordentlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte unterworfenen Ansprüche geltend macht. (§§ 33, Abs. 2, der ZPO. in Verbindung mit §§ 4 und 6 des GGG.) Besondere Kosten sind durch die Widerklage nicht entstanden.

Die Entscheidung im Kostenpunkt beruht auf §§ 91 ff. der ZPO und § 52 des GGG.

Da der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 1000 Mark unstreitig nicht übersteigt, bedurfte es auch nicht des besonderen Auftrages der Vollstreckbarkeit des Urteils. (§ 55 des GGG.)

geg. Dr. jur. Weilingen.
Beklagt.
Hermisdorf-Klosterlausitz, den 22. März 1924.

Der Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts.
geg.: Präbeler.

Der Coburger Schlichtungsausschuss hat am 21. März auf Antrag der Arbeiter zwecks Festsetzung der Löhne folgendermaßen u. a. entschieden:

Es ist nun aber an sich schon ein Ding der Unmöglichkeit, daß der Schlichtungsausschuss neben den Schiedsrichtern der Schlichtungskammer vom 27. Februar für diese Zeit seinerseits noch einen Schiedsspruch erteilt. Es ist aber auch unnötig; denn der § 57, Abs. 3 des Reichsarbeitsvertrages bestimmt: Eine Verringerung der Lohnverhältnisse tritt nur insoweit ein, als diese durch das jeweilige neue Lohnabkommen ausdrücklich bestimmt wird. Wenn also für die Zeit vom 25. Februar bis 21. März ein neuer Lohnvertragsvertrag nicht festgelegt wird, muß der alte Lohn weitergezahlt werden. Es war daher zu entscheiden, wie geschehen. Also auch in dieser Entscheidung eine Bestätigung unserer Auffassung.

Genossenschaftskapital gegen Privatkapital.

Gewerkschaftsgegenstand!

Wenn das Privatkapital heute mit diesem Schläge gegen die arbeitenden Volksklassen anhält, dann zieht es seine Kraft für diese Diktatur aus der wirtschaftlichen Schwäche der Gehalts- und Lohnempfänger. Befennen wir offen, daß wir zum Teil selbst Schuld daran sind, wenn wir uns wirtschaftlich nicht wehren können. Haben wir das Arbeiterkapital ebenso organisiert zum Kampf gegen das Privatkapital wie die Arbeiterkraft? Nein! Wir tragen auch heute noch Arbeitergrößen auf private Banken. Wir haben auch heute noch nicht erkannt, daß das Arbeiterkapital eine lebendige Kampfkraft enthält und stehen es in den Strumpf, anstatt es durch die Hand gemeinwirtschaftlicher, von den Gewerkschaften kontrollierter Organe und Gesellschaften, in den Kampf gegen Ausbeutung und Wucher zu werfen.

Ihr werdet entgegenen: Wir haben nicht einmal einen Strumpf, geschweige denn Kapital. Gewiß, das ist eine ehrliche Antwort der wirklich Mittellosen und Armen. Unsere Anforderung richtet sich aber nicht an diejenigen, die über wirtschaftliche Kampfkraft nicht verfügen, sondern an diejenigen, die in Arbeit und Brot stehen und sich für bestimmte Zwecke Einbußen auferlegen und Sparmaßnahmen zurücklegen und diese fortlaufend vermehren. Aus hunderten von Hufschritten wissen wir, daß wohnungslose Gehalts- und Lohnempfänger nicht nur die Wucht haben, sich für den Erwerb eines eigenen Heimes oder für die Beschaffung einer Wohnung oder zum Ankauf von Hausrat Sparmaßnahmen zurücklegen, sondern Kapital auch zurücklegen können.

An diese Volksgenossen richten wir die Aufforderung, sich mit der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterbund gegründeten „Reichswohnungsfrage-Aktionsgesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter“, anzuschließen: „Reuwig“, in Verbindung zu treten.

Die „Reuwig“ will Euch beim Einsparen des Kapitals behilflich sein. Sie will Euch dieses Kapital in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank treuhänderisch verwalten. Sie will es durch Rins und Anleihen vermehren. Mehr noch, sie will dieses Kapital sofort nutzbar machen und in die Wohnungsproduktion stecken. Sie will es den privaten Unternehmern und privaten Banken entziehen und es zu einer wirtschaftlichen Macht gegen eure wirtschaftlichen Gegner werden lassen. Sie will mit diesem Kapital Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte bauen. Sie will Euch Euren eigenen Zielen und Wünschen näherbringen, indem sie die Schwäche des einzelnen zu einer Macht der Masse werden läßt.

Habt Ihr kein Vertrauen zu Eurer eigenen wirtschaftlichen Kraft? Dann klagt nicht über eure Schwäche. Habt Ihr mehr Vertrauen zu dem Privatkapital und seinen Unternehmern? Dann wundert Euch nicht über deren Stärke und Brutalität. Der Einzelne nimmt seine Kraft aus seiner Macht. Wer soll Elender sein? Der Proletariat oder der Gemeindegeld? Darüber die Entscheidung zu fällen, liegt bei Euch.

Wollt Ihr die Gemeinwirtschaft in der Wohnungswirtschaft fördern, dann müßt Ihr auch eure Sparmaßnahmen den Organen zuführen, die für Euch geschaffen sind. Wollt Ihr Euch beim und Hausrat ersparen, so wendet Euch an die „Reuwig“. Berlin, S. 14, Inselstr. 6, und verlangt von ihr die Reklamations, an denen sie Sparkapital entgegennimmt und treuhänderisch verwaltet.

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Achtung, Schildermaler! Die Berliner Schildermaler haben beschlossen, in den Streit zu treten, wenn sich der Verein Berliner Schilderfabrikanten weiter weigert, den bisherigen Montelarif für ein weiteres Jahr anzuerkennen und zu unterschreiben. Zugun ist ferngehalten.

Dänemark. Die Zeitung unserer dänischen Bruderorganisation macht darauf aufmerksam, daß die Vertrags- und Tarifverhandlungen für die keramische Industrie in Dänemark gescheitert sind und erucht, jeglichen Zugang nach Dänemark fernzuhalten. Die Kollegenchaft wird gebeten, die Warnung streng zu beachten.

Stettin. Von dort wird berichtet: Der Kampf um den Achtstundentag wird auch bei uns mit aller Energie durchgeföhrt. Im größten Betriebe (Kalk) ist die Belegschaft die 8. Woche ausgedehnt und in den anderen Betrieben einzelne Sparten mehr oder weniger davon betroffen. Aufheben leuchtet es

Herrnsdorf-Klosterlandsitz. Wir werden um den Abdruck folgender Zeilen gebeten: Der Blitz hat eingeschlagen! Schon längere Zeit schwebte über dem Ameisenhaufen zwischen Bahn- und Eisenbahndamne eine schwere Gewitterwolke. Da nun das Märzgewitter just am Tage des 18., wo vor vielen Jahren die Vorkämpfer der Bourgeoisie die Raffiniertheit bekundeten aus sich den simplen Handwerksgejellen und nüchternen Studenten auf dem Berliner Strognapflaster der Kasanien in der Fener holen ließen. Seine Majestät der Unabbarkeit, der Religion nach Direktor, Herr Johannes Dönitz, hat diesen blauen Brief erhalten, er soll gegangen werden sein, in diese Leute, die mit irgendeinem Nürnbergger Trichter, oben in den Beziehungen stehen, haben läuten hören. Ich kann das nicht so recht annehmen, weil ich Hans Dönitz doch von einer anderen Seite kenne und mir habe erzählen lassen, daß er eine selbsttätige Seele hat. Es wird doch wohl so sein, wie ich vor einiger Zeit an dieser Stelle geschrieben habe: Er will von Erwerbslosen zu Hilfe eilen und hat seiner Fähigkeiten auch einmal die erste Stige in dem sanft entschlagenen Erwerbslosen-Paradiesen spielen. Er wird das nicht mehr mit ansetzen können, daß er viel Erwerbslose mit ein paar Beistellfennigen abseits stellen und noch vor dem Abbau der Erwerbslosensfürsorge durch irgendeine Sozialsozialregierung in Kamischalka kann mancher der die Sporen verdienen, für die Erwerbslosen einzutreten. Es ist zwar reichlich spät, doch schon heute freue ich mich darauf, wenn manche armen Schwäger, die noch vor einigen Tagen vor dem allgemeinen kleinen Herrgöttele das Laufen schier vergessen und die Fortbewegung in der Art eines gebräuteten Hundes vorzunehmen hatten, mit dem eventuell neuen Erwerbslosensrat zu verhandeln das Vergnügen haben dürfen. Vielleicht gelingt es dem zukünftigen Erwerbslosensrat, noch ein wenig zu einem Spiele des heranzuziehen, denn allem klempeln wir immer seine Schattenzeiten. Hans Dönitz ist ein

Opfer der kapitalistischen Profitgier geworden und er bürste den Ohrenbläsern zuviel Vertrauen geschenkt haben. Weit besser für ihn und das Werk wäre es gewesen, wenn er als kein Ratgeber des Betriebsrat engagiert hätte. Vielleicht ist sein Nachfolger klüger. Diese Behre möchte ich ihm heute schon mit auf seinen Schreibtisch legen. Einige Herren haben augenblicklich die Produktion. Infolge des wenigen Gehaltes verfügen sie über eine beträchtliche Anzahl Unterhosen, so daß sie öfter das Wechseln haben. Es ist ja nicht so wie bei armen Leuten. Der wissenschaftliche Stab war eben zu wissenschaftlich und zu überorganisiert. Jeder muß doch beweisen, daß er beweisen kann, daß sein Beweis zu beweisen ist, und wenn ein Entseignungsrat dabei mal daneben bauen sollte, so hat er bewiesen, daß der Beweis bewiesen worden ist. Ich weiß nicht, ob Herr Dönitz Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten ist und Reichs- schutz genießt. War er vorsichtig genug, so wird er dieser Organisation angehören und kann heute sich einen Rechtsbeistand leisten, um nachzuweisen, daß die Entseignungsgeschichte von Menschlichkeitgründen diktiert war. Doch es ist eine alte Erfahrung, wo zuviel kluge Leute sitzen, wird der Verband mißbraucht und Intrigen und sonstige Konspirationen sind nicht zu vermeiden. Wer kennt nicht so manche Fäden? Wo sich Vögel berühren, soll der Teufel nicht den Verstand verlieren. Im Zeichen der Frusts und Nönerne läßt sich das in einer kapitalistischen Produktion nicht vermeiden: Kahl-Adamsdorf-Freiberg. Einer immer über dem anderen. Doch wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der konnte sich manches zusammenreimen und traf auch nicht daneben. — Nun wird die Werkwohnung, das schöne stolze Schloß des Herrn Dönitz, frei und das Wohnungsamt wird es bewilligen müssen, ein Fußend Mieter hineinzusetzen. Gar lieb wird ein Promoter das schöne Liedlein blasen: „Wehst Du Gott, es war“ so schön gewesen, behüt Dich Gott, es hat nicht sollen sein!“ Wenn nun gar noch andere Werkwohnungen frei werden im Laufe der Zeit, solange der Aufsichtsrat vorstehende noch nicht abgelöst ist vom Betriebsrat, dann wird bald uns die Wohnungsnot eine Mißherung erfahren und mancher arme Teufel wird seine Not haben, sich in den schönen Zimmern zurecht zu finden. Das wird der Aufstand sein zu einem neuen Kurs im Betriebe. Wenn Herr Sachs seinem Namen Ehre macht, nimmt er sich den Angestelltenrat und Herr Pechel als kluger Mann den Arbeiterrat zu Ratgebern, in ihrem und des Betriebes Interesse. Mancher Reichstagsabgeordnete, Syndikus oder Doktor, versteht viel von der Zurechtzehr, aber soll die Finger nicht in die Produktion stecken, sonst brechen andere Leute die Fingernägel. — Die Märzstürme sind bald vorbei, und der launische April wird eintreten. Mich sollte es nicht wundern, wenn ein Haarschauer niederprasselt und mancher die Treppe dabei herunterfällt. Im Interesse des Betriebes wäre es wahrhaftig zu wünschen, damit im Konior ein freierer Rainwind zu säuseln beginnt und das Werk wieder auf überragende Höhe kommt.

Gewerkschaftliches.

Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung.
Der Bundesvorstand des VDB hat in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister schleunige Maßnahmen gegen die Preispolitik der deutschen Mühlenfabriken gefordert, die für Märgern das Drei- bis Vierfache der Friedenspreise bei verschlechterter Qualität durchsetzen und hunderttausenden ärmerer Seminarbeiterinnen ein wichtiges Rohmaterial verteuern. Die Monopolstellung, die diese Fabriken innehaben und die durch Konventionen ausgenutzt wird, ermöglicht ihnen diesen Mißbrauch. Die Eingabe wendet sich zugleich auch gegen die Preisstreberei der Mühlenindustrie, die in einer Zeit, in der die landwirtschaftlichen Erzeuger nur 60 bis 80 Proz. der Vorfrühspreise für ihre Erzeugnisse erhalten, den Preis der Haferstroden auf das Siebenfache des Friedenspreises hinaufgeschraubt haben. So kostet Hafer pro Zentner 5—6 Mk., während Haferstroden pro Pfund auf 42 Pf. zu stehen kommen. Eine solche Spannung zwischen Roh- und Fertigprodukt war vor dem Kriege unbekannt und findet keine Begründung. Auch hier wird die Preissteigerung zweifellos durch eine Vereinbarung der Mühlenindustrie verhindert. Ein scharfes Eingreifen der Reichsregierung wäre hier am Platze.

Bureauführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am
19. März 1924.

Auf Wunsch der englischen Gewerkschaften soll bis zum Wiener Kongreß an Stelle des ausgeschiedenen ersten Vorsitzenden Thomas ein anderer englischer Vertreter zu den Vortragsungen mit beratender Stimme zugezogen werden. — Bezüglich des Anti-Kriegs-Tages 1924 wird beschlossen, an dem in der Vorstandssitzung vom 8. November 1923 festgesetzten Termin, d. h. dem dritten Sonntag im September, festzuhalten. — Die Gelegenheit der Tagung der Internationalen Vereinigung für gelesenen Arbeiterkämpfe in Prag geplante Gewerkschaftskonferenz betr. die Einwanderungs- und Auswanderungsfrage, soll am 29. und 30. September stattfinden. Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte: 1. Notwendigkeit des Anschlusses der zugewanderten Arbeiter an die Gewerkschaften in den Ländern, die für die Einwanderung in Frage kommen. 2. Beziehungen zwischen den Landeszentralen und den Berufsorganisationen der Länder mit Einwanderung und Auswanderung. 3. Die Frage der Schaffung von Instanzen innerhalb der regulären Gewerkschaften zur Wahrung der Rechte der einwandernden Arbeiter. Auf Vorschlag der englischen Gewerkschaften soll die zweite Internationale Bihunas-Konferenz im Herbst d. J. in Oxford stattfinden. — Das Beitrittsanliegen der mexikanischen Gewerkschaften soll der Vorstandssitzung befürwortend unterbreitet werden. — Neben den bereits vorhandenen Anti-Kriegs-Komitees des Franzosen Th. Steinlein, der Deutschen Käthe Kollwitz soll noch ein weiteres des Engländer Spencer Price angefertigt werden.

Ver sammlungsberichte.

Gotha. Die Versammlung der Gothaer Betriebe vom 20. März 1907 hat sich unter anderem auch mit dem Beschluß des Vorstands und Beirates bezüglich der Maßnahmen zur Verampfung der angeblich verbandsschädigenden Strömungen unserer Organisation. Die Versammlung erblickt in dem Beschluß des Vorstandes und Beirates eine Unterbündung des freien Kritis, was von den Kritishebern auf das entschiedenste zurückgewiesen wird. Die Versammlung schließt sich vollständig dem seitens des Geschäftsführers Carl Robst. Hansen veröffentlichten Protest in Nr. 7 der „Einsicht“ an. Die Gothaer Kollegen und Kolleginnen stehen fest und treu zur Organisation, aber sie werden sich auch nicht hindern lassen, ihre freie Meinungs und Kritik zu jeder Zeit und an jedem Ort zum Ausdruck zu bring.

Vermischtes.

Ferienorte für Arbeiter. Der Pressesekretär des NACHM. teilt mit: Bei unseren Bestrebungen zugunsten der Arbeiterbildung und Ferienkursen haben wir auch in Betracht gezogen, daß die Hotelpreise im Ausland bei längerem Aufenthalt für Arbeiter im allgemeinen viel zu hoch sind. Wir möchten deshalb die Aufmerksamkeit der bei uns angeschlossenen Gewerkschaften oder Freiwilligen der organisierten Arbeiter darauf lenken, daß nun die Gelegenheit besteht, zu anständigen Preisen in einem der schönen Teile der Schweiz, u. f. im Tessin Aufenthalt zu nehmen. Dr. Mensch in Bern, der sich auch mit uns ins Einvernehmen gesetzt hat, wird dort im Mai ein Hotel eröffnen, in dem organisierten Arbeitern eine beträchtliche Reduktion des Kontaktpreises gewährt werden soll. Handelt es sich um Gäste.

die ärztliche Aufsicht nötig haben, wird diese gerne gewährt.
Natürlich werden keine Schwerverkrankten, Tuberkulöse u. s. w. auf-
genommen, sondern vor allem Personen, die Ruhe benötigen,
oder ihre Ferien in einer schönen, ruhigen Gegend zu ver-
bringen wünschen. Der Pensionpreis beträgt 7½ Schweizer
Franken pro Tag. Für nähere Auskünfte wende man sich an
den J. W. Amsterdam, Postfach 1065, oder an Herrn Dr. Meng-
Schwarzthorstr. 53 a, Bern.

Adressenänderungen.

Brattenborn. Vorsitzender Gottlieb Rod, Stauzer, Schwabach, Kreis Hildburghausen.
Ernsth. Kassierer Wilhelm Richter, Ernsth.
Fraureuth. Kassierer Georg Ehrhardt, Fraureuth, Weinbauersstr. 19.
Hochsch. Vorsitzender Hermann Franke, Gera-Linz, Linienstrasse 25.

† Sterbetafel †

Altkatholische. Hermann Meier, Kapselfreher, geb. am 31. 5. 1858, gest. an Lungen- und Rippenfellentzündung. Organisiert seit 1918.
Simonen. Max Breth, Maler, geb. am 20. 8. 1874, gest. an Herzschlag. Organisiert seit 1918. — Karl Franke, Maler, geb. am 12. 7. 1877, gest. an Magenleiden. Organisiert seit 1919.
Blane. Friederike Köllmer, Baderin, geb. am 2. 9. 1858, gest. an Herzschwäche. Organisiert seit 1918. — Paul Born, Maler, geb. am 4. 6. 1905, gest. an Grippe. Organisiert seit 1922.
Weiben. Marie Wieteln, geb. am 12. 9. 1896, gest. an Lähmung. Organisiert seit 1922.
 Ehre ihrem Andenken!

Quittung.

Für den kranken Kollegen **Ed u a r d R u b a** glugen folgende Geldstiftungen ein: **U r z b e r g** 15,—; **K a h l a** 5,—; **M a g d o b u r g**, **St a b l i n g s f e l d**, **W a l b e r a h o f**, **K l o s t e r W e l d o r f** je 2,—; **K l a n e n s t e i n**, **S e l b - W i l h e l m s b e r g**, **W e i ß e n** je 2,—; **W a t e r p e r s o n** **W e i ß e n**, **U r s t e c k** 150,—; **W a l d s s e n**, **T h i e r b e i m** je 1,—; **S u m m a** 41.50 Ml. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.
Für die Zahlstelle **M a n n h e i m**: **K a r l S c h ä f f**, Kassierer.

Geschäfts-Anzeigen.

Officiere nach Überwundener Inflation wieder prima Benghal
Gymnocladschwämme, groß und mittel, das Stklo 80. — **G.-W.**, kleine
Gymnoca, in allen Größen sortirt, das Stklo 30. — **G.-W.** klein
und mittlere **Cevanliner Glasur** und **Garnierungsschwämme**, die
Stkile 50. — **G.-W.**, feinste größere **Cevanliner**, das Stklo 80. — **G.-W.**
die kleinste große prima **Cevanliner**, **„Elephantenohren“**, das Stklo 200 **G.-W.**
die feinsten große weiche prima **Reef** (auch für Prudererien geeignet), das Stklo
50. — **G.-W.**, **„Teesee-Reef oder Hardbeel“**, sort. Größen, das Stklo
35 **G.-W.**, **Pferdeschwämme**, feinst bis kopsaroh, pro Stklo 1 — 5 **G.-W.**
H. Mithelohn, **Schwammgroßhandlung**, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 4.

Annaburg. Dem Kollegen Wilhelm Fleemann
zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum unseren herzlichsten Glück-
wunsch. Die Gaststube Annaburg.

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Chiffreinferaten muß sich das Briefporto beigelegt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Freihandwaler auf Unterlasur, 22 Jahre alt, sucht Stellung in einer Sagenzefabrik oder ähnlichem Unternehmen. Offerten unter „F. 50“ befördert die Redaktion „Ameise“.

Junger lediger Formgießer und junger lediger Dreher, h
 allen Arbeiten der Gebrauchsgießereibranche erfahren, h
 Stellung. Qualitätsfabriken in Schlesiens bevorzugt. Offerte
 werden unter „F. 51“ an die Redaktion der „Amelke“ erbeite

Zwei lebige Unterglasur-Freihandmaler suchen sich zu ver-
ändern. Angebote unter „F. 52“ werden an die „Zeitung“
ermittelt.

Ein tüchtiger Maschinenführer, mit allen Arbeiten der Maschinenfabrik vertraut, hoch. Stellung. Wohnung erwünscht. Angebote unter N. 55 nimmt die „Arbeits“ entgegen.

Junger Kapselbreher, sauberer Arbeiter, der auch auf Schuttscheibe, in eilig und oval tätig war, sucht sich zu veränderten Offerten unter „Z. 54 erledigt die „Almette“.

Junger Porzellanmaler, 21 Jahre alt, ledig, firm in Wand, Band, Stoffe, Stempel und hauptsächlich Färbieren und Stempelung. Offerten werden unter „S. 55“ an die „Ameise“ erbeten.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

1 Abgieber, 1 Mobelleinrichter, 1 Formgießer, 1 Hingurist und
Blumenmacher wünschen sich zu verändern. Angebote sind unter
N. 56* an die „Zeitung“ erwünscht.

Zum baldmöglichsten Eintritt werden gesucht:
1 Normalker,
1 Schleifer

beide aus der feinen Gebrauchsgeschirrbanche, welche an feinsten
Arbeiten gewöhnt sind. Wegen der Wohnungsnot wollen sich nur
einige Bewerber melden. Angebote mit Angabe über die bis
herige Tätigkeit an:

52) Borgellianabrit Martfredwig
Jäger u. Co.
Martfredwig (Bayern).

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, ledigen
Porzellanmaler
 für Sandmalerei und Figurenstaffage (Aufglasur).
 Weiskner Ofen- und Porzellanfabrik vorm. C. Leichter
 Meißner (Sachsen) Neumarkt.

Porzellanfabrik der Oberpfalz
nicht einen flüchtigen, gewandten
Modellleurichter

einer Privatmalerlei hauptsächlich in
Rand, Fond, Buntdruck und Stein-
sage vertraut, sofort gesucht. Offerte
sind unter „A 54a“ an die
Redaktion des „Gewerblichen Anzeiger“

Herausgegeben vom Verband der Borgeschmied- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henningsen; Charlottenburg, Brähestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Brähestraße, Neubau.
Verd.: C. F. Janssen & Co., Berlin SO., Elisabethufer 38/39